

Michael F. Müller

# Kleine und mittlere Unternehmen im Privatrecht

Auf dem Weg zu einem Sonderprivatrecht?



Nomos

Band 11

---

Neue Schriften zum Zivilrecht



**Nomos**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christian Berger

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Hans Christoph Grigoleit

Prof. Dr. Dres. h.c. Burkhard Hess

Prof. Dr. Abbo Junker

Prof. Dr. Dirk Looschelders

Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel

*Michael F. Müller*

# **Kleine und mittlere Unternehmen im Privatrecht**

*Auf dem Weg zu einem Sonderprivatrecht?*

Nomos Verlagsgesellschaft

*Michael F. Müller (geb. 1981) studierte Rechtswissenschaften mit Wirtschaftswissenschaftlicher Zusatzausbildung an der Universität Bayreuth. Nach einem LL.M.-Studium an der Universität von Texas (Austin) und der Promotion mit der Arbeit „Finanzinstrumente in der Rom I-VO“ 2011 absolvierte er sein Referendariat am Kammergericht. Mit der vorliegenden Schrift habilitierte er sich 2019 an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth. Nach Lehrstuhlvertretungen in Erlangen, Bayreuth, Potsdam, Münster und Jena erhielt er 2021 einen Ruf auf eine Professur für Zivilrecht und Unternehmensrecht an der Sigmund Freud Privatuniversität Wien.*

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds  
Wissenschaft der VG Wort.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bayreuth, Univ., Habil., 2019



Onlineversion  
Nomos eLibrary

© 2021 Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden

Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.

ISBN 978-3-8487-8001-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-2393-0 (ePDF)

---

## Vorwort

Kleine und mittlere Unternehmen haben sich insbesondere unter der Ägide der Europäischen Union in der jüngeren Vergangenheit unter dem Akronym KMU einen Namen machen können. In Deutschland haben sie als wirtschaftlicher Mittelstand eine noch längere Tradition. Gleichwohl war Mittelstandsförderung lange Zeit eine Domäne des öffentlichen Rechts. In letzter Zeit mehren sich jedoch die Anzeichen, dass KMU auch im Privatrecht eine Sonderbehandlung erfahren. Die Arbeit geht daher der zweiteiligen Frage nach, ob KMU auch im Privatrecht eine besondere, sie relativ begünstigende Behandlung erfahren und erfahren sollten. Sie wurde im Sommersemester 2019 von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth als Habilitationsschrift angenommen.

Der nach Abschluss des Habilitationsverfahrens unverzüglich in Gang gesetzte Veröffentlichungsprozess geriet aus von mir nicht zu vertretenden Gründen, die hier nicht ausgeführt werden sollen, zunächst ins Stocken, doch fand ich dann Unterstützung in Person von Herrn Prof. Dr. Johannes Rux und Herrn Dr. Marco Ganzhorn im Nomos-Verlag. Die Bereitschaft, mein Werk zum Selbstkostenpreis zu publizieren, kann ich nicht hoch genug wertschätzen. Dass ich diese Bereitschaft nicht in Anspruch nehmen musste, verdanke ich der VG Wort und der Johanna und Fritz Buch-Gedächtnisstiftung, die die Veröffentlichung der vorliegenden Arbeit für förderungswürdig hielten. Zuvörderst Ihnen bin ich zu allergrößtem Dank verpflichtet.

Daneben gebührt Dank meinem akademischen Lehrer Herrn Prof. Dr. Stefan Leible, der mir infolge seiner Präsidentschaft an der Universität Bayreuth das Tagesgeschäft an seinem Lehrstuhl anvertraute, sodass ich schon als Habilitand viele wichtige Erfahrungen sammeln durfte. Im Übrigen gilt mein Dank Frau Prof. Dr. Jessica Schmidt, Herrn Prof. Dr. Peter Mankowski und Herrn Prof. Dr. Robert Freitag für die sehr zügige und wohlwollende Begutachtung der vorliegenden Arbeit.

So enttäuschend für mich auch zunächst die Unsicherheit über das Ob der Veröffentlichung war, so sehr bot die verzögerte Veröffentlichung mir die Chance, in den vergangenen beiden Jahren die beachtliche Fortentwicklung der gesetzgeberischen Behandlung von KMU im Privatrecht zu beobachten und sie in der Druckfassung zu berücksichtigen: Nicht zuletzt das Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs und die COVID-19-Gesetzgebung (vgl. Art. 240 § 1 Abs. 2 EGBGB) haben ihre privatrechtliche Stellung gestärkt. Seit dem ARUG II kennt erstmals auch das Aktienrecht eine formell auf kleine und mittelgroße Gesellschaften abstellende Regelung (vgl. § 120a Abs. 5 AktG). Und im Insolvenzrecht

hat die KMU-Förderung durch die europäische Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz sowie das StaRUG massiven Auftrieb erfahren.

So überwiegt am Ende eines langen wissenschaftlichen Ausbildungsweges die Freude und Dankbarkeit für ein stets sehr unterstützendes privates und kollegiales Umfeld, aus dem einzelne Personen hervorzuheben sich verbietet. Ausgenommen davon sind allein meine Eltern Gerlinde Steinacker-Müller und Dr. Lothar Müller sowie meine Schwester Eva Theron, die meinen Weg in die Wissenschaft immer unterstützt und stets an mich geglaubt haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Bayreuth, September 2021

---

## Inhaltsübersicht

§ 1: Grundlagen .....	37
A. Anlass der Untersuchung .....	37
B. Gegenstand der Untersuchung .....	49
C. Struktur und Methode der Untersuchung .....	100
D. Forschungsstand zur Untersuchung .....	134
E. Zweck und Grenzen der Untersuchung .....	140
F. Gang der Untersuchung .....	142
Erster Teil .....	143
§ 2: Kleine und mittlere Unternehmen im Bürgerlichen Recht .....	143
A. Allgemeiner Teil .....	144
B. Allgemeines Vertragsrecht .....	149
C. Besonderes Vertragsrecht .....	218
D. Außervertragliches Schuldrecht .....	251
E. Sachen-, Familien- und Erbrecht .....	271
F. Fazit .....	271
§ 3: Kleine und mittlere Unternehmen im Gesellschaftsrecht .....	273
A. Personen(handels)gesellschaften .....	276
B. Kapitalgesellschaften .....	283
C. Sonstige formkaufmännische Körperschaften .....	342
D. Fazit .....	342
§ 4: Kleine und mittlere Unternehmen im Handelsrecht .....	343
A. Der Kaufmann .....	344
B. Selbstständige Hilfspersonen des Kaufmanns .....	355
C. Handelsgeschäfte .....	362

---

D. Die Rechnungslegung .....	368
E. Fazit .....	388
§ 5: Kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerbsrecht .....	388
A. Kartellrecht .....	389
B. Lauterkeitsrecht .....	427
C. Fazit .....	470
§ 6: Kleine und mittlere Unternehmen im Arbeitsrecht .....	471
A. Individualarbeitsrecht .....	473
B. Kollektivarbeitsrecht .....	503
C. Fazit .....	527
§ 7: Kleine und mittlere Unternehmen im Zivilverfahrensrecht .....	529
A. Das Erkenntnisverfahren .....	530
B. Die Einzelzwangsvollstreckung .....	569
C. Die Gesamtzwangsvollstreckung .....	575
D. Fazit .....	598
Zweiter Teil .....	599
§ 8: Das Argument des Schwächerenschutzes .....	599
A. Grundlagen .....	600
B. Arbeits-, Miet-, Verbraucherschutz- und Handelsrecht als Referenzgebiete .....	611
C. Relevanz des Schwächerenschutzes für kleine und mittlere Unternehmen .....	648
D. Fazit .....	683
§ 9: Das Argument der Freiheit .....	684
A. Grundlagen .....	684

---

B. Arbeits-, Miet-, Verbraucherschutz- und Handelsrecht als Referenzgebiete .....	700
C. Relevanz des Arguments der Freiheit für kleine und mittlere Unternehmen .....	732
D. Fazit .....	748
§ 10: Das Argument der Effizienz .....	748
A. Grundlagen .....	749
B. Arbeits-, Miet-, Verbraucherschutz- und Handelsrecht als Referenzgebiete .....	757
C. Relevanz des Arguments der Effizienz für kleine und mittlere Unternehmen .....	800
D. Fazit .....	808
§ 11: Das Argument gerechter Verteilung .....	809
A. Grundlagen .....	809
B. Arbeits-, Miet-, Verbraucherschutz- und Handelsrecht als Referenzgebiete .....	821
C. Relevanz des Arguments gerechter Verteilung für kleine und mittlere Unternehmen .....	843
D. Fazit .....	846
Dritter Teil .....	847
§ 12: Eine Theorie der kleinen und mittleren Unternehmen .....	847
A. Einleitung .....	847
B. Primäre und sekundäre Parameter .....	848
C. Gesetzgebung .....	850
D. Rechtsprechung .....	883
§ 13: Zusammenfassung .....	884
A. Grundlagen .....	884
B. Erster Teil .....	887

---

C. Zweiter Teil .....	897
D. Dritter Teil .....	905
E. Fazit .....	910
Literaturverzeichnis .....	911

## Inhaltsverzeichnis

§ 1: Grundlagen .....	37
A. Anlass der Untersuchung .....	37
B. Gegenstand der Untersuchung .....	49
I. Unternehmen .....	49
1. Gemeinsprachlicher Begriff .....	49
2. Wirtschaftswissenschaftlicher Begriff .....	50
3. Rechtswissenschaftlicher Begriff .....	53
a) Nationales Recht .....	54
b) Unionsrecht .....	58
4. Zwischenfazit .....	60
II. Kleine und mittlere .....	61
1. Gemeinsprachlicher Begriff .....	61
2. Wirtschaftswissenschaftlicher Begriff .....	62
a) Der weitgehende Gleichlauf mit dem Begriff des Mittelstands .....	62
b) Die Abgrenzung zum Begriff des Familienunternehmens .....	67
3. Rechtswissenschaftlicher Begriff .....	67
a) Nationales Recht .....	68
b) Unionsrecht .....	75
c) Ein kurzer Blick auf die internationale Bühne .....	81
4. Zwischenfazit, insbesondere Terminologie der Arbeit .....	83
III. Privatrecht .....	84
1. Verhältnis zum öffentlichen Recht .....	86
2. Verhältnis zum Bürgerlichen Recht und zum Zivilrecht .....	92
3. Zwischenfazit .....	93
IV. Subjektive Rechte und objektive Pflichten .....	94
1. Objektive Pflicht .....	94
2. Subjektives Recht .....	95
3. Zwischenfazit .....	97
V. Intendierte relative Begünstigung gegenüber großen Unternehmen .....	97
1. Begünstigung .....	97
2. Relativ .....	99

3. Intendiert .....	100
C. Struktur und Methode der Untersuchung .....	100
I. Der erste Teil der These .....	100
1. Empirisch .....	100
a) Nicht rechtshistorisch .....	101
b) Nicht rechtsvergleichend .....	101
c) Rechtssoziologisch auf rechtsdogmatischer Grundlage ...	102
(a) Das Ob der Größenspezifität .....	102
(i) „KMU“-spezifisch unterschiedlich geltende Normen .....	103
(ii) „KMU“-spezifisch unterschiedlich wirkende Normen .....	103
(iii) „KMU“-spezifisch hybride Normen .....	106
(b) Das Wie der Größenspezifität .....	107
(c) Besonderheiten der Größenspezifität in der Rechtsprechung .....	108
(i) Größere Begriffsvielfalt für die Unternehmensgröße .....	108
(ii) Unternehmensgröße als Konkretisierungsmerkmal von Generalklauseln	109
(d) Größenspezifität für das Unternehmen als Subjekt ....	110
2. Induktiv .....	111
3. Nicht werturteilsfrei .....	112
4. Zwischenfazit .....	114
II. Der zweite Teil der These .....	115
1. Normativ .....	115
2. Unmöglichkeit einer direkten, deduktiven Begründung .....	115
3. Indirekte, induktive Begründung .....	118
a) Die sonderprivatrechtlichen Referenzgebiete: Mietrecht, Arbeitsrecht, Verbraucherschutzrecht und Handelsrecht	118
b) Die Argumente: Schwächerenschutz, die Freiheit, die Effizienz und die gerechte Verteilung .....	121
(a) Keine ausschließlich sonderprivatrechtliche, nur potentiell andere Relevanz .....	121
(b) Unterschiedliche Reichweite der Regelungsgegenstände und Heterogenität der Rechtsinstitute .....	122
(c) Das Verhältnis der Argumente zueinander .....	124
c) Übertragbarkeit auf kleine und mittlere Unternehmen und Argument der Kohärenz .....	131

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	13
<hr/>	
d) Einordnung des methodischen Vorgehens .....	132
4. Zwischenfazit .....	134
D. Forschungsstand zur Untersuchung .....	134
E. Zweck und Grenzen der Untersuchung .....	140
F. Gang der Untersuchung .....	142
Erster Teil .....	143
§ 2: Kleine und mittlere Unternehmen im Bürgerlichen Recht .....	143
A. Allgemeiner Teil .....	144
I. Begriff des Unternehmers .....	144
1. Existenzgründer .....	144
2. Internetverkäufer .....	145
II. Begriff des Verbrauchers .....	146
1. Die Verwaltung eigenen Vermögens .....	146
2. Personalsicherheit des geschäftsführenden Allein- oder Mehrheitsgesellschafters einer GmbH .....	148
3. Gesellschaft bürgerlichen Rechts .....	148
III. Zwischenfazit .....	149
B. Allgemeines Vertragsrecht .....	149
I. Vertragsanbahnung .....	149
1. Vorvertragliche Schutzpflichten .....	149
a) Aufklärungspflicht über Vergütungsbestandteil im Optionskaufpreis .....	149
b) Beratungspflicht über praktische Voraussetzungen der EDV-Nutzung .....	150
c) Keine größenspezifische Pflicht zum Abschluss einer Kaskoversicherung für Vorführwagen .....	151
d) Keine größenspezifische Aufklärungspflicht über Deckungslücke einer Kfz-Haftpflichtversicherung .....	152
2. C.i.c.-Haftung eines Dritten .....	152
3. Prospektpflicht und Prospekthaftung .....	153
a) Privilegierung als Berechtigte der Prospekthaftung .....	155
b) Privilegierung als Verpflichtete der Prospekthaftung .....	156
4. Diskriminierungsverbot .....	160

a)	Ausnahme vom zivilrechtlichen Benachteiligungsverbot für „KMU“-Vermieter .....	160
b)	Schadensersatz .....	160
5.	Kontrahierungszwang .....	162
a)	Kein Kontrahierungszwang für Kreditvergabe gegenüber „KMU“ .....	162
b)	Kontrahierungszwang für Energiebelieferung von Haushaltskunden .....	163
6.	Zwischenfazit .....	164
II.	Zustandekommen und Inhalt des Vertrags .....	165
1.	Auslegung nach §§ 133, 157 BGB .....	165
a)	Reisevermittlungsvertrag vs. Reisevertrag .....	165
b)	Frachtvertrag statt Speditionsvertrag .....	166
c)	Auflösende Bedingung statt Kündigungserfordernis .....	167
2.	Einbeziehung von AGB .....	167
3.	Mehrdeutige Klauseln nach § 305c Abs. 2 BGB .....	168
4.	Überraschende Klauseln nach § 305c Abs. 1 BGB .....	169
5.	Duldungs- und Anscheinsvollmacht .....	169
6.	Zwischenfazit .....	170
III.	Wirksamkeit des Vertrags .....	171
1.	Formnichtigkeit .....	171
2.	Verstoß gegen ein Verbotsgesetz .....	172
3.	Sittenwidrigkeit .....	172
a)	Gläubigergefährdung durch Sanierungskredit .....	172
b)	Gefährdung der Entschlussfreiheit .....	173
4.	Inhaltskontrolle von AGB .....	174
a)	Keine formelle Privilegierung kleiner Unternehmen .....	174
b)	Größenspezifisch hybride Privilegierungen kleiner Unternehmen .....	177
(a)	Vorliegen von AGB .....	177
(b)	Haftungsbeschränkung eines Energieversorgers gegenüber Sonderkunden .....	178
(c)	Aufwendungsersatz bei sog. Ein- und Ausbaufällen ..	179
(d)	Zahlungsfristklausel in AGB eines Frachtvertrags .....	182
(e)	Beschränkung von Mehrvergütungsansprüchen .....	183
(f)	Schadensersatzbewehrte Vorleistungspflicht des Käufers bei Zahlungsverzug .....	184
(g)	Bearbeitungsentgelte für Darlehensverträge .....	185
(i)	Instanzengerichtliche Rechtsprechung .....	185
(ii)	Obergerichtliche Rechtsprechung .....	188
(iii)	Höchstrichterliche Rechtsprechung .....	189

---

(h) Vertragsstrafenklausel in einer strafbewehrten Unterlassungserklärung .....	190
(i) Laufzeit- und Verlängerungsklausel .....	191
(j) Vorhalt sämtlicher Modellreihen als Vorführfahrzeuge .....	192
(k) Aufrechnung mit Drittforderung .....	193
(l) Renovierungsklausel mit starrem Fristenplan bei Gewerberaummiete .....	193
(m) Zwischenfazit .....	194
5. Bindung an eine Leistungsbestimmung nach billigem Ermessen .....	196
6. Zwischenfazit .....	199
IV. Bindung an den Vertrag .....	199
1. Anfechtung .....	199
2. Störung der Geschäftsgrundlage .....	200
3. Widerrufsrechte .....	201
4. COVID 19-bedingtes Moratorium .....	203
5. Zwischenfazit .....	203
V. Leistungsstörungen .....	204
1. Schadensersatz nach § 280 Abs. 1 BGB .....	205
a) Leistungspflichtverletzung .....	205
b) Nebenpflichtverletzung .....	208
(a) Untersuchungspflicht eines Kfz-Händlers .....	208
(b) Aufklärungspflicht über bereits abgegebene Unterlassungserklärung .....	209
2. Verzug .....	211
3. Schlechtleistung .....	216
4. Zwischenfazit .....	217
VI. Zwischenfazit .....	217
C. Besonderes Vertragsrecht .....	218
I. Der Unternehmerregress .....	219
II. Der Existenzgründerschutz .....	224
III. Mietverträge eines „Kleinvermieters“ .....	226
1. Kündigung wegen Eigenbedarfs einer GbR .....	226
2. Zur Privilegierung von „Kleinvermietern“ de lege ferenda ...	227
IV. Der „Bauhandwerker“-Werkvertrag .....	227
1. Die Bauhandwerkerversicherung .....	228
2. Abschlagszahlungen .....	231
3. Die Durchgriffsfälligkeit .....	231
4. Exkurs: Fertigstellungsbescheinigung .....	233

---

V. Der Pauschalreisevertrag .....	234
VI. Haftung des Gastwirts .....	235
VII. Versicherung von Großrisiken .....	236
VIII. Wertpapierdienstleistungen gegenüber privaten Kunden .....	238
IX. Exkurs: Gemeinsames Europäisches Kaufrecht .....	242
X. Zwischenfazit .....	250
D. Außervertragliches Schuldrecht .....	251
I. Deliktsrecht .....	251
1. Rechtsguts- oder Schutzgesetzverletzung .....	252
a) Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb .....	252
b) Wildschäden .....	253
c) Vorenthaltung und Veruntreuen von Arbeitsentgelt .....	254
d) Verstoß gegen kapitalmarktrechtliche ad hoc-Publizität .....	255
e) Exkurs: Verstoß gegen kapitalmarktrechtliche periodische Publizität .....	257
2. Rechtswidrigkeit .....	257
a) (Keine) Pflicht zur Unterlassung einer kritischen Berichterstattung .....	257
b) Verkehrssicherungspflicht eines Bauherrn .....	258
c) (Keine) Pflicht zur Unterlassung eines Boykottaufrufs .....	259
3. Verschulden .....	260
a) (Keine) Modifizierung des Fahrlässigkeitsmaßstabs .....	260
b) Auswahl-, Überwachungs- und Organisationsverschulden .....	261
4. Haftungsausfüllung .....	263
a) Objektive Zurechenbarkeit des Schadens .....	263
(a) Gemeinkosten .....	263
(b) Rechtsanwaltskosten .....	264
b) Mitverschulden .....	265
(a) Unfallersatztarif .....	265
(b) Erneut: Rechtsanwaltskosten .....	266
(c) Verkehrssicherungsobliegenheit .....	266
5. Exkurs: Unionszivilrechtliche Haftung von Ratingagenturen .....	267
II. Bereicherungsrecht .....	268
1. Konditionsausschluss wegen Kenntnis der Nichtschuld .....	268
2. Verwirkung eines Bereicherungsanspruchs .....	269
III. Zwischenfazit .....	270
E. Sachen-, Familien- und Erbrecht .....	271

---

F. Fazit .....	271
§ 3: Kleine und mittlere Unternehmen im Gesellschaftsrecht .....	273
A. Personen(handels)gesellschaften .....	276
I. Das GbR-Recht .....	276
1. Die GbR als Organisationsform für Kleinunternehmen .....	276
2. Privilegierungen für GbR .....	276
a) Geringerer Detaillierungsgrad .....	276
b) Größere Dispositivität .....	277
c) § 176 Abs. 1 HGB als Diskriminierung der GbR? .....	278
II. Das Menü personengesellschaftsrechtlicher Organisationsformen .....	279
1. OHG als zusätzliche Organisationsform für Kleinunternehmen .....	279
2. KG als zusätzliche Organisationsform für Kleinunternehmen .....	280
3. EWIV als zusätzliche Organisationsform für KMU .....	281
III. Zwischenfazit .....	283
B. Kapitalgesellschaften .....	283
I. Größenspezifische Zugangshürden für Kleinstunternehmen .....	283
1. Nennkapital als formale Schlechterstellung von Kleinstunternehmen .....	284
2. Irrelevanz der Gesellschafteranzahl .....	286
II. Das GmbH-Recht .....	287
1. Die GmbH als Organisationsform für kleine und mittlere Unternehmen .....	287
2. Privilegierungen für GmbH .....	288
a) Geringerer Detaillierungsgrad .....	288
b) Größere Dispositivität .....	290
c) Strengere Organpflichten im Verhältnis zur Gesellschaft .....	292
III. Das Aktienrecht .....	294
1. Das Recht der nichtbörsennotierten Aktiengesellschaft .....	294
a) Nichtbörsennotierte Aktiengesellschaften als kleine und mittlere Unternehmen .....	294
b) Gesellschaft als Berechtigte .....	297
(a) Verjährung von Organhaftungsansprüchen .....	297
(b) Mitteilungspflichten über Beteiligungen .....	298
c) Gesellschaft als Verpflichtete .....	298

---

(a) Größere Organisationsfreiheit .....	299
(b) Größere Verfahrensfreiheit bei der Willensbildung ...	300
(c) Größere Inhaltsfreiheit bei der Willensbildung .....	305
(d) Geringere Transparenz .....	305
(e) Größere Freiheit bei der Willensbetätigung .....	306
(f) Kürzere Pflicht zur Bestellung von Sonderprüfern .....	307
2. Formell allgemeines Aktienrecht .....	308
a) Gesellschaft als Verpflichtete .....	308
(a) Mindestgröße des Vorstands .....	308
(b) Maximalgröße des Aufsichtsrats .....	308
b) Gesellschaft als Berechtigte .....	309
(a) Das Gefahrenfrüherkennungs- und Überwachungssystem .....	309
(b) Allgemeine Leitungspflicht .....	311
3. Ein Blick in die Zukunft: Aktienrecht für formelle KMU? ...	315
IV. Die Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmer .....	316
1. Nichtmitbestimmte Unternehmen als kleine und mittlere Unternehmen .....	317
2. Privilegierungen für nichtmitbestimmte Unternehmen .....	322
V. Das Umwandlungsrecht .....	323
VI. Exkurs: Neue unionsrechtliche Kapitalgesellschaftsformen .....	324
1. Die Societas Privata Europaea (SPE) .....	324
a) SPE als Organisations- und Handlungsform für KMU ...	324
b) Privilegierung durch SPE .....	326
(a) Einheitlichkeit als Privilegierung? .....	326
(b) SPE als zusätzliche Organisationsform für KMU? Zur KMU-Eignung der SE .....	327
(c) Einfachheit und Flexibilität als Privilegierung .....	331
c) Scheitern der SPE .....	334
2. Die Societas Unius Personae (SUP) .....	335
a) SUP als Organisationsform für Kleinstunternehmen und Handlungsform für KMU .....	335
b) Privilegierung durch SUP .....	337
(a) Einheitlichkeit als Privilegierung? .....	337
(b) SUP als zusätzliche Organisationsform für Kleinstunternehmen .....	338
(c) Einfachheit und Flexibilität als Privilegierung .....	338
c) Scheitern der SUP .....	338
VII. Exkurs: Europäisches Konzernrecht .....	339
VIII. Zwischenfazit .....	341

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	19
C. Sonstige formkaufmännische Körperschaften .....	342
D. Fazit .....	342
§ 4: Kleine und mittlere Unternehmen im Handelsrecht .....	343
A. Der Kaufmann .....	344
I. Einzelkaufmann .....	344
1. Der Nicht-Kaufmann als kleiner Einzelgewerbetreibender ...	345
2. Wahlmöglichkeit zwischen BGB und Handelsrecht für kleine Einzelgewerbetreibende .....	350
3. Die fehlende Strenge des Zivilrechts für kleine Einzelgewerbetreibende .....	352
II. Handelsgesellschaften .....	352
1. Personen(handels)gesellschaften .....	352
a) Die Nicht-Personenhandelsgesellschaft als kleingewerbliche Personengesellschaft .....	353
b) Wahlmöglichkeit zwischen Zivilrecht und Handelsrecht für kleingewerbliche Personengesellschaften .....	354
c) Die fehlende Strenge des Zivilrechts für kleingewerbliche Personengesellschaften .....	354
2. Kapital(handels)gesellschaften .....	355
III. Zwischenfazit .....	355
B. Selbstständige Hilfspersonen des Kaufmanns .....	355
I. Handelsvertreter .....	355
II. Franchisenehmer .....	359
III. Vertragshändler .....	360
IV. Zwischenfazit .....	361
C. Handelsgeschäfte .....	362
I. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben .....	362
II. Die kaufmännische Sorgfalt .....	363
III. Ausschluss des Abtretungsausschlusses .....	363
IV. Rügeobliegenheit .....	366
V. Zwischenfazit .....	367
D. Die Rechnungslegung .....	368

---

I. Allgemeine Rechnungslegungspflichten .....	371
1. Buchführungs- und Inventarpflicht .....	371
2. Allgemeine Jahresabschlusspflicht .....	371
II. Besondere Rechnungslegungspflichten .....	372
1. Die Größenklassen .....	372
a) Einzelunternehmen .....	372
(a) Kleine, mittelgroße und große Kapitalgesellschaften sowie große Unternehmen .....	372
(b) (Nicht-)Kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften und Unternehmen .....	375
b) Kleine, mittelgroße und große Konzerne .....	376
2. Besondere Jahresabschluss-, Anhangs- und Lageberichtsspflicht .....	378
a) Einzelabschluss .....	378
b) Konzernabschluss .....	379
3. Die Prüfungs- und Offenlegungspflicht .....	380
a) Einzelabschluss .....	380
b) Konzernabschluss .....	381
III. Exkurs: IFRS für kleine und mittlere Unternehmen .....	382
IV. Rechenschaft über Corporate Social Responsibility .....	383
1. Erklärung zur Unternehmensführung .....	384
2. Die nichtfinanzielle Erklärung .....	384
V. Zwischenfazit .....	387
E. Fazit .....	388
§ 5: Kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerbsrecht .....	388
A. Kartellrecht .....	389
I. Europäisches Kartellrecht .....	390
1. Kartellverbot .....	390
a) Der Grundsatz .....	390
b) Gruppenfreistellungen .....	393
2. Verbot von Marktmachtmissbrauch .....	398
3. Fusionskontrolle .....	399
II. Nationales Kartellrecht .....	400
1. Kartellverbot .....	401
a) Der Grundsatz .....	401
b) Gruppenfreistellungen .....	402

---

c) Mittelstandskooperationen .....	402
d) Einkaufskooperationen .....	406
2. Verbot von Marktmachtmissbrauch .....	408
a) Vertikalverhältnis .....	408
(a) Verbot unbilliger Behinderung oder Diskriminierung	408
(i) Absolute Marktmacht .....	408
(ii) Relative Marktmacht .....	410
(b) Verbot zur Aufforderung ungerechtfertigter Vorteilsgewährung .....	412
b) Horizontalverhältnis .....	413
3. Verbot sonstigen wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens ...	415
4. Kartellschadensersatz .....	416
5. Mittelstandsempfehlungen .....	421
6. Zusammenschlusskontrolle .....	422
a) Der Grundsatz .....	422
b) Entfallen der Bagatellklausel .....	423
c) Die Pressesanierungsklausel .....	424
III. Zwischenfazit .....	425
B. Lauterkeitsrecht .....	427
I. Europäischer Rahmen des Lauterkeitsrechts .....	427
1. Die UGP-Richtlinie .....	428
2. Die Richtlinie über irreführende und vergleichende Werbung	430
3. Die Richtlinie über Geschäftsgeheimnisse .....	433
4. Das Grünbuch über unlautere Handelspraktiken .....	433
II. Nationales Lauterkeitsrecht .....	435
1. Vorbemerkung: Handeln eines Organs vs. des Unternehmens	436
2. Tatbestände .....	438
a) Die lauterkeitsrechtliche Generalklausel .....	438
(a) Die Entstehungsmaterialien .....	439
(b) Die höchstrichterliche Rechtsprechung .....	440
b) Rechtsbruch .....	443
(a) Marktverhaltensnorm .....	443
(b) Spürbarkeit der Beeinträchtigung .....	445
c) Gezielte Behinderung .....	446
d) Unzumutbare Belästigung .....	447
e) Unzulässige AGB nach UKlaG .....	448
3. Rechtsfolgen .....	449
a) Unterlassungsanspruch .....	449
(a) Aktivlegitimation .....	449
(b) Wiederholungsgefahr .....	450

(c) Der Missbrauchseinwand – zugleich zur „Abmahnindustrie“ .....	452
b) Schadensersatz .....	456
(a) Fahrlässigkeit .....	456
(b) Objektive Zurechenbarkeit des Schadens .....	457
c) Gewinnabschöpfung .....	458
d) Aufwendungsersatz für Abmahnung .....	459
e) Exkurs: Schadensersatz für Abmahnung im Immaterialgüterrecht .....	461
f) Anspruch auf Vertragsstrafe .....	463
4. Mittelstandsschützende Relikte der Vergangenheit .....	464
a) Wegfall des Sonderveranstaltungsverbots .....	464
b) Wegfall der Verbote für die Werbung mit Hersteller- oder Großhändlereigenschaft und den „Kaufscheinhandel“ ...	465
c) Wegfall der Verbote der öffentlichen Werbung mit mengenmäßiger Beschränkung und von Preisgegenüberstellungen .....	466
d) Wegfall des Rabattgesetzes .....	467
(a) Das Rabattverbot .....	467
(b) Die Ausnahme für Treuergütungen .....	468
III. Zwischenfazit .....	469
C. Fazit .....	470
§ 6: Kleine und mittlere Unternehmen im Arbeitsrecht .....	471
A. Individualarbeitsrecht .....	473
I. Diskriminierungsschutz .....	474
1. Abschluss eines Arbeitsvertrags .....	474
2. Durchführung des Arbeitsvertrags .....	475
3. Entgelttransparenz .....	477
II. Inhalt des Arbeitsvertrags .....	480
1. Ansprüche auf Verringerung der Arbeitszeit .....	480
2. Anspruch auf Pflegezeit .....	483
3. Die sachgrundlose Befristung .....	483
4. Recht auf Arbeitnehmererfindung .....	484
5. Fürsorge(- und Verkehrssicherungs)pflcht des Arbeitgebers .....	485
6. Der Arbeits(zeit)schutz .....	488

---

III. Wirksamkeit des Arbeitsvertrags .....	491
1. Die unzulässige Arbeitnehmerüberlassung .....	491
2. Arbeitsvertragliche Inhaltskontrolle von AGB .....	492
IV. Fortbestehen des Arbeitsvertrags .....	493
1. Kündigungsfrist .....	493
2. Kündigungsschutz .....	494
a) Schwellenwert .....	494
b) Wartezeit .....	501
c) Wichtiger Grund .....	502
V. Zwischenfazit .....	502
B. Kollektivarbeitsrecht .....	503
I. Tarifvertragsrecht .....	503
1. Paritätsgebot und Übermaßverbot im Arbeitskampfrecht ....	503
2. Der Firmentarifvertrag .....	505
3. Die Arbeitnehmerentsendung und die Pflicht zur Zahlung von Beiträgen zur Urlaubskasse .....	506
II. Die betriebliche Mitbestimmung .....	507
1. Die betriebsverfassungsrechtlichen Organe .....	508
a) Der Betriebsrat .....	508
(a) Die Betriebsratsfähigkeit .....	508
(b) Vereinfachtes Wahlverfahren bei Kleinbetrieben .....	511
(c) Die Zahl der (freigestellten) Betriebsratsmitglieder ...	511
(d) Gesetzliche oder autonome Delegation auf Ausschüsse und Arbeitsgruppen .....	512
b) Der Wirtschaftsausschuss .....	513
c) Der Europäische Betriebsrat .....	514
2. Die betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsrechte ..	515
a) Soziale Angelegenheiten .....	515
b) Personelle Angelegenheiten .....	516
(a) Personelle Einzelmaßnahmen .....	516
(b) Allgemeine personelle Angelegenheiten .....	517
c) Wirtschaftliche Angelegenheiten .....	518
(a) Die Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses .....	518
(b) Die Unterrichtung der Arbeitnehmer .....	519
(c) Hinwirkung auf Unterrichtung der Arbeitnehmer bei Kontrollerwerb .....	519
d) Insbesondere: Betriebsänderungen .....	520
(a) Die Unterrichtung von und Beratung mit dem Betriebsrat über Massenentlassungen .....	520

---

(b) Die Unterrichtung von und Beratung mit dem Betriebsrat über Betriebsänderungen .....	522
(c) Die Hinzuziehung eines Beraters .....	523
(d) Interessenausgleich und Sozialplan .....	523
(i) Die Pflicht zu einem Verständigungsversuch über einen Interessenausgleich .....	523
(ii) Die Erzwingbarkeit eines Sozialplans .....	524
(iii) Der Inhalt des erzwungenen Sozialplans .....	526
III. Zwischenfazit .....	526
C. Fazit .....	527
§ 7: Kleine und mittlere Unternehmen im Zivilverfahrensrecht .....	529
A. Das Erkenntnisverfahren .....	530
I. Der Zugang zum Erkenntnisverfahren .....	530
1. Die Schiedsvereinbarung .....	531
2. Die Gerichtsstands- und Erfüllungsortvereinbarung .....	532
3. Der „fliegende Gerichtsstand“ im Lauterkeitsrecht .....	533
4. Prozesskostenhilfe .....	535
5. Höhe der Verfahrenskosten .....	537
a) Die beiderseitig geltende Streitwertbestimmung .....	537
b) Die einseitig geltende Streitwertminderung .....	542
6. Die Kostenerstattung .....	546
a) Entschädigung für Zeitversäumnis .....	546
b) Gebühren für einen Zweitanwalt .....	547
c) Reisekosten einer fiktiven Informationsreise der Partei ...	549
II. Die Durchführung des Erkenntnisverfahrens .....	551
1. Ordnungsgemäßer Antrag .....	551
2. Der Anwaltszwang .....	552
3. Das Feststellungsinteresse .....	553
4. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	554
5. Darlegungs- und Beweislast .....	556
a) Die Beweislastumkehr bei der Produzentenhaftung .....	556
b) Sittenwidrigkeit beim Ratenkredit und Finanzierungsleasing .....	558
c) Der wichtige Grund für eine außerordentliche Kündigung .....	560
d) Tatsachengrundlage für Schadensschätzung .....	561

---

e) Widerleglich vermutete Relevanz des Ansehens der Person bei kleineren Vermietern .....	561
6. Anscheinsbeweis .....	563
7. Beweiswürdigung .....	564
a) Grundsatz der freien Beweiswürdigung .....	564
b) Beweisregeln .....	565
c) Beweismaßsenkung .....	565
III. Unionsrechtliche Ergänzungen .....	566
1. Das europäische Mahnverfahren als zusätzliches Erkenntnisverfahren .....	566
2. Das europäische Verfahren über geringfügige Forderungen als zusätzliches Erkenntnisverfahren .....	567
3. Ein Blick in die Zukunft: Ein europäisches Handelsgericht ..	568
IV. Zwischenfazit .....	568
B. Die Einzelzwangsvollstreckung .....	569
I. Kleine und mittlere Unternehmen als Vollstreckungsschuldner .....	569
1. Pfändungsschutz .....	569
2. Ordnungsgeld .....	571
3. Vollstreckungserinnerung .....	572
II. Kleine und mittlere Unternehmen als Vollstreckungsgläubiger ..	573
1. Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung .....	573
2. Das europäische Mahnverfahren als Vollstreckbarkeitserleichterung .....	573
3. Das europäische Verfahren über geringfügige Forderungen als Vollstreckbarkeitserleichterung .....	574
III. Zwischenfazit .....	574
C. Die Gesamtwangsvollstreckung .....	575
I. Kleine und mittlere Unternehmen als Schuldner .....	576
1. Vorinsolvenzliche Restrukturierungsmaßnahmen .....	577
2. Eröffnungsantrag und Vorgespräch .....	579
3. Der vorläufige Gläubigerausschuss .....	580
4. Das Insolvenzplanverfahren .....	581
5. Die (vorläufige) Eigenverwaltung .....	582
6. Das Schutzschirmverfahren .....	586
7. Das Verbraucherinsolvenzverfahren .....	587
8. Das Konzerninsolvenzverfahren .....	589
II. Kleine und mittlere Unternehmen als Gläubiger .....	590
1. Der „Bail in“ der Bankeninsolvenz .....	590

---

2. Der Vorrang der Einlageforderungen von KMU in der Bankeninsolvenz .....	591
3. Kleingläubiger im Gläubigerausschuss .....	592
4. Kleingläubiger als besondere Gruppe beim Insolvenzplan ....	593
5. „KMU“-Gläubiger im Rahmen eines vorinsolvenzlichen Restrukturierungsverfahrens .....	594
6. Die Forderungsanmeldung nach der EuInsVO .....	595
III. Zwischenfazit .....	597
D. Fazit .....	598
Zweiter Teil .....	599
§ 8: Das Argument des Schwächerenschutzes .....	599
A. Grundlagen .....	600
I. Inhalt des Arguments .....	600
1. Expliziter Schwächerenschutz .....	600
2. Impliziter Schwächerenschutz .....	603
II. Normative Relevanz des Arguments im Privatrecht .....	606
III. Die unterschiedlichen Dimensionen des Arguments .....	607
1. Soziale Dimension .....	607
2. Intellektuelle Dimension .....	608
3. Psychologische Dimension .....	608
4. Informationelle Dimension .....	609
5. Finanzielle Dimension .....	609
6. Ökonomische Dimension .....	610
B. Arbeits-, Miet-, Verbraucherschutz- und Handelsrecht als Referenzgebiete .....	611
I. Arbeitsrecht .....	611
1. Positive Stimmen .....	611
2. Kritische Stimmen .....	616
II. Mietrecht .....	619
1. Positive Stimmen .....	619
2. Kritische Stimmen .....	624
III. Verbraucherschutzrecht .....	626
1. Positive Stimmen .....	626
2. Kritische Stimmen .....	637

---

IV. Handelsrecht .....	643
1. Positive Stimmen .....	643
2. Kritische Stimmen .....	647
V. Zwischenfazit .....	648
C. Relevanz des Schwächerenschutzes für kleine und mittlere Unternehmen .....	648
I. Positive Stimmen .....	649
1. Bestandsaufnahme .....	649
a) Nationale Stimmen .....	649
b) Internationale Stimmen .....	663
2. Zwischenfazit .....	667
II. Kritische Stimmen .....	667
1. Schwäche als empirisch unhaltbares Argument .....	667
a) Bestandsaufnahme .....	667
b) Stellungnahme .....	671
2. Schwäche kein hinreichendes Argument .....	676
a) Bestandsaufnahme .....	676
b) Stellungnahme .....	679
3. Schwäche als unbestimmtes Argument .....	679
a) Bestandsaufnahme .....	679
b) Stellungnahme .....	680
4. Schwäche als unpraktikables Argument .....	682
a) Bestandsaufnahme .....	682
b) Stellungnahme .....	683
5. Zwischenfazit .....	683
D. Fazit .....	683
§ 9: Das Argument der Freiheit .....	684
A. Grundlagen .....	684
I. Formelle Freiheit .....	684
1. Inhalt .....	684
2. Normative Relevanz des Arguments im Privatrecht .....	686
II. Materielle Freiheit .....	687
1. Inhalt .....	687
2. Verhältnis zum Argument des Schwächerenschutzes .....	690
3. Normative Relevanz des Arguments im Privatrecht .....	690

---

III. Soziale Freiheit .....	691
1. Inhalt .....	691
a) Soziale Freiheit als soziale Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft .....	692
b) Soziale Freiheit als Solidarität gegenüber Privatrechtssubjekt .....	694
2. Verhältnis zum Argument des Schwächerenschutzes und der materiellen Freiheit .....	696
3. Normative Relevanz des Arguments im Privatrecht .....	698
B. Arbeits-, Miet-, Verbraucherschutz- und Handelsrecht als Referenzgebiete .....	700
I. Arbeitsrecht .....	700
1. Formelle Freiheit .....	700
2. Materielle Freiheit .....	701
3. Soziale Freiheit .....	704
II. Mietrecht .....	707
1. Formelle Freiheit .....	707
2. Materielle Freiheit .....	707
3. Soziale Freiheit .....	708
III. Verbraucherschutzrecht .....	708
1. Formelle Freiheit .....	708
2. Materielle Freiheit .....	711
3. Soziale Freiheit .....	721
IV. Handelsrecht .....	725
1. Formelle Freiheit? .....	725
2. Materielle Freiheit .....	726
3. Soziale Freiheit .....	727
V. Zwischenfazit .....	732
C. Relevanz des Arguments der Freiheit für kleine und mittlere Unternehmen .....	732
I. Formelle Freiheit .....	733
II. Materielle Freiheit .....	733
1. Positive Stimmen .....	733
2. Kritische Stimmen .....	738
III. Soziale Freiheit .....	739
1. Positive Stimmen .....	739
2. Kritische Stimmen .....	746
a) Bestandsaufnahme .....	746
b) Stellungnahme .....	747

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	29
IV. Zwischenfazit .....	747
D. Fazit .....	748
§ 10: Das Argument der Effizienz .....	748
A. Grundlagen .....	749
I. Inhalt des Arguments .....	749
II. Normative Relevanz des Arguments im Privatrecht .....	751
III. Dimensionen des Arguments .....	754
1. Marktversagen .....	754
2. Transaktionskosten .....	756
B. Arbeits-, Miet-, Verbraucherschutz- und Handelsrecht als Referenzgebiete .....	757
I. Mietrecht .....	757
1. Positive Stimmen .....	757
2. Kritische Stimmen .....	761
II. Arbeitsrecht .....	762
1. Positive Stimmen .....	762
2. Kritische Stimmen .....	767
III. Verbraucherschutzrecht .....	767
1. Positive Stimmen .....	767
2. Kritische Stimmen .....	782
IV. Handelsrecht .....	786
1. Positive Stimmen (?) .....	786
2. Keine kritischen Stimmen .....	796
V. Zwischenfazit .....	797
C. Relevanz des Arguments der Effizienz für kleine und mittlere Unternehmen .....	800
I. Positive Stimmen .....	800
II. Kritische Stimmen .....	805
III. Zwischenfazit .....	807
D. Fazit .....	808

---

§ 11: Das Argument gerechter Verteilung .....	809
A. Grundlagen .....	809
I. Inhalt des Arguments .....	809
II. Verhältnis zum Argument sozialer Freiheit, materieller Freiheit und des Schwächerenschutzes .....	813
III. Normative Relevanz des Arguments im Privatrecht .....	815
1. Unmittelbare Verteilung im konkreten Privatrechtsverhältnis .....	817
a) Der Privatrechtsgesetzgeber als unmittelbar verteilende Instanz .....	817
b) Die jeweilige Partei als unmittelbar verteilende Instanz ..	819
2. Mittelbare Verteilungswirkung über das konkrete Privatrechtsverhältnis hinaus .....	820
B. Arbeits-, Miet-, Verbraucherschutz- und Handelsrecht als Referenzgebiete .....	821
I. Mietrecht .....	821
1. Positive Stimmen .....	821
2. Kritische Stimmen .....	824
II. Arbeitsrecht .....	830
1. Positive Stimmen .....	830
2. Kritische Stimmen .....	830
III. Verbraucherschutzrecht .....	833
1. Positive Stimmen .....	833
2. Kritische Stimmen .....	835
IV. Handelsrecht .....	842
V. Zwischenfazit .....	842
C. Relevanz des Arguments gerechter Verteilung für kleine und mittlere Unternehmen .....	843
I. Positive Stimmen .....	843
II. Kritische Stimmen .....	845
III. Zwischenfazit .....	845
D. Fazit .....	846

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	31
<hr/>	
Dritter Teil .....	847
§ 12: Eine Theorie der kleinen und mittleren Unternehmen .....	847
A. Einleitung .....	847
B. Primäre und sekundäre Parameter .....	848
I. Primäre Parameter .....	848
II. Sekundäre Parameter .....	849
C. Gesetzgebung .....	850
I. Allgemeiner Teil – Der größenspezifische Status .....	850
1. Zwischen personaler Kategorisierung bzw. Typisierung und personalen Konkretisierung .....	850
2. Zwischen Rigidität und Flexibilisierung .....	853
3. Zwischen einzelnen und kombinierten Größenmerkmalen ...	854
4. Die Korrelation der primären Parameter mit bestimmten Größenmerkmalen und -klassen .....	854
a) Korrelation mit der Leistungsfähigkeit .....	855
(a) Informationelle Leistungsfähigkeit .....	855
(b) Intellektuelle Leistungsfähigkeit .....	856
(c) Psychologische Leistungsfähigkeit .....	858
(d) Finanzielle Leistungsfähigkeit .....	858
(e) Ökonomische Leistungsfähigkeit .....	858
(f) Verhältnis der unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten zueinander – einheitliches Argument der Leistungsfähigkeit .....	859
b) Korrelation mit der individuellen Sozial- und Freiheitsrelevanz .....	861
c) Korrelation mit der geschuldeten Solidarität .....	863
5. Die Definition der Größenklassen .....	864
a) Bezugssubjekt .....	864
b) Berechnungs- und Ermittlungsmethode .....	864
(a) Der Eigentümer-Unternehmer als qualitatives Merkmal .....	864
(b) Beschäftigte, Umsatz und Bilanzsumme als quantitative Merkmale .....	865
c) Berechnungs- und Ermittlungszeitpunkt .....	866
d) Anpassung der Schwellenwerte im Zeitablauf .....	866
II. Besonderer Teil – Leitlinien für ein Sonderprivatrecht .....	867
1. Bürgerliches Recht .....	868

---

a) Ermöglichungszweck des Vertragsrechts .....	868
(a) Leistungspflichten .....	869
(i) Gewöhnlicher vs. außergewöhnlicher Geschäftsbetrieb .....	869
(ii) Existenzielles Angewiesensein gegenüber Marktmacht .....	871
(b) Schutzpflichten .....	872
b) Rechtsgüterschutz durch Deliktsrecht .....	872
2. Gesellschaftsrecht .....	873
a) Ermöglichungszweck des Gesellschaftsrechts .....	873
b) Rahmenzwecke des Gesellschaftsrechts .....	874
(a) Schutz der (Minderheits-)Gesellschafter .....	874
(b) Gewährleistung der unternehmerischen Arbeitnehmermitbestimmung .....	875
(c) Absicherung der geschützten Gläubigerinteressen .....	875
3. Handelsrecht .....	876
a) Leichtigkeit und Sicherheit des (Massen-)Geschäftsverkehrs .....	876
b) Berücksichtigung geringerer Leistungsfähigkeit .....	877
4. Wettbewerbsrecht .....	877
a) Schutz des freien und lautereren Wettbewerbs .....	877
b) Berücksichtigung der geringeren Leistungsfähigkeit .....	878
5. Arbeitsrecht .....	879
a) Schutz des Arbeitnehmers .....	879
b) Berücksichtigung geringerer Leistungsfähigkeit .....	880
6. Zivilverfahrensrecht .....	881
a) Effektiver Schutz subjektiver Rechte .....	881
b) Berücksichtigung individueller Sozial- und Freiheitsrelevanz .....	882
D. Rechtsprechung .....	883
I. Anwendung der gesetzgeberischen Größenklassifikation .....	883
II. Kontextspezifische Kompetenz zur größenspezifischen Konkretisierung .....	883
§ 13: Zusammenfassung .....	884
A. Grundlagen .....	884

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	33
<hr/>	
B. Erster Teil .....	887
I. Bürgerliches Recht .....	887
II. Gesellschaftsrecht .....	889
III. Handelsrecht .....	890
IV. Wettbewerbsrecht .....	891
V. Arbeitsrecht .....	894
VI. Zivilverfahrensrecht .....	895
VII. Ergebnis .....	897
C. Zweiter Teil .....	897
I. Das Argument des Schwächerenschutzes .....	897
II. Das Argument der Freiheit .....	898
III. Das Argument der Effizienz .....	900
IV. Das Argument gerechter Verteilung .....	903
V. Ergebnis .....	904
D. Dritter Teil .....	905
E. Fazit .....	910
Literaturverzeichnis .....	911

*„Mannigfach verschiedene menschliche Eigenschaften erscheinen in den verschiedenen Rechtszeitaltern als typisch, als wesentlich, als maßgebliche Angriffspunkte für die rechtliche Normierung“. Gustav Radbruch*